

Heute unter anderem zu folgenden Themen: Die Krise der ökonomischen Ideen; Fachkräftemangel: Wer hat Angst vor der Killerstatistik?; Robert Reich - The seven biggest economic lies; Heiner Flassbeck - „Griechenland hat das Potenzial“; Gastbeitrag Oskar Lafontaine: „Die Banken beißen die Hand, die sie füttert“; Studie zur US-Rezession: Die meisten Amerikaner verdienen immer weniger; In welchem Jahrhundert leben Sie, Mr. Rogoff?; Mehrheit der Call-Center-Mitarbeiter verdient Niedriglöhne; Viele Jobs für wenig Geld; Wie in „1984“; Fluglotsenstreik So ist die Wirtschaft; Korrektur zu Hinweis Ziff. 12 von gestern; Illusionen vom Rechtsstaat; Washingtoner Komplott; Blut für Kohle; Automatisierung der Gewalt: Falke, Räuber, Sensenmann; Klage gegen Calderón; Nochmals: WZB-Studie: Studiengebühren sollen keinen negativen Effekt auf die Studierneigung haben (KR/WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Die Krise der ökonomischen Ideen](#)
2. [Fachkräftemangel: Wer hat Angst vor der Killerstatistik?](#)
3. [Robert Reich - The seven biggest economic lies](#)
4. [Heiner Flassbeck - „Griechenland hat das Potenzial“](#)
5. [Gastbeitrag Oskar Lafontaine: „Die Banken beißen die Hand, die sie füttert“](#)
6. [Studie zur US-Rezession: Die meisten Amerikaner verdienen immer weniger](#)
7. [In welchem Jahrhundert leben Sie, Mr. Rogoff?](#)
8. [Mehrheit der Call-Center-Mitarbeiter verdient Niedriglöhne](#)
9. [Viele Jobs für wenig Geld](#)
10. [Wie in „1984“](#)
11. [Fluglotsenstreik So ist die Wirtschaft](#)
12. [Korrektur zu Hinweis Ziff. 12 von gestern](#)
13. [Illusionen vom Rechtsstaat](#)
14. [Washingtoner Komplott](#)
15. [Blut für Kohle](#)
16. [Automatisierung der Gewalt: Falke, Räuber, Sensenmann](#)
17. [Klage gegen Calderón](#)
18. [Nochmals: WZB-Studie: Studiengebühren sollen keinen negativen Effekt auf die Studierneigung haben](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, [dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.](#)

1. **Die Krise der ökonomischen Ideen**

Was der Ausländer für den Nationalstaat, ist der Grieche für Europa: ein Sündenbock. Immer mehr wird die europäische Wirtschaftskrise auf den dicken griechischen Bürokraten zurückgeführt, der zwischen meterhohen Aktenstapeln in seinem Sessel döst. Auch Schweizer Zeitungen liessen es sich nicht nehmen, ihre Krisenberichterstattung mit entsprechenden Fotostrecken zu illustrieren.

Was ist mit der Reichtumsschere, die mittlerweile selbst US-Starökonom Nouriel Roubini als eine der Hauptursachen für die Weltwirtschaftskrise verantwortlich macht? Über Jahre brachte sie Staaten sowie Private dazu, mit Schulden für die nötige Wirtschaftsnachfrage zu sorgen. Und was ist mit Deutschlands Exportüberschüssen, die Griechenland kaufte und sich dadurch verschuldete? Was mit der Finanzspekulation, durch die sich die europäischen Banken vor drei Jahren an den Abgrund brachten? Was mit den Milliarden, mit denen Europa die Finanzhäuser und die gesamte Wirtschaft vor dem Totalkollaps bewahrte? Was mit der nachfolgenden Wirtschaftskrise, unter der die Staatshaushalte bis heute leiden?

Quelle: [Wochenzeitung](#)

2. **Fachkräftemangel: Wer hat Angst vor der Killerstatistik?**

Werden im Jahr 2025 wirklich 7 Millionen Fachkräfte fehlen? Sicher nicht. Gerd Bosbach und Jens Jürgen Korff, Autoren des Buches "Lügen mit Zahlen", warnen vor Horrorstatistiken, mit denen Politik gemacht wird. Schon die Annahmen sind oft hanebüchen: Dann gibt es plötzlich keine Zuwanderung und keine Rente mit 67.

Quelle: [SPIEGEL](#)

3. **Robert Reich - The seven biggest economic lies**

The President's Jobs Bill doesn't have a chance in Congress — and the Occupiers on Wall Street and elsewhere can't become a national movement for a more equitable society - unless more Americans know the truth about the economy.

Here's a short effort to rebut the seven biggest whoppers now being told by those who want to take America backwards. The major points:

Quelle: [Robert Reich](#)

4. **Heiner Flassbeck - „Griechenland hat das Potenzial“**

Warum stürzt Griechenland weiter ab? Die IWF-Strategie des Sparzwangs sei schon immer schief gegangen, kritisiert Dr. Heiner Flassbeck, Chefökonom der UN-Organisation für Welthandel, die Krisenpolitik scharf. Gegenüber spd.de erläutert er, wie es zu dieser bedrohlichen Situation kommen konnte, und er definiert notwendige Lösungsschritte.

Quelle: [spd.de](#)

5. **Gastbeitrag Oskar Lafontaine: „Die Banken beißen die Hand, die sie füttert“**

Oskar Lafontaine ist zurück. In einem Gastbeitrag für Handelsblatt.com schaltet sich

der Linkspartei-Vordenker in die Euro-Debatte ein - mit harter Kritik und einem Plan, wie er die Krise bewältigen will.

Quelle: [Handelsblatt](#)

6. **Studie zur US-Rezession: Die meisten Amerikaner verdienen immer weniger**
Seit der Rezession ist der Lebensstandard der US-Bürger um zehn Prozent gesunken. Das ist so viel wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Der einst stabile Wohlstand des Landes bröckelt - und mit ihm der amerikanische Traum.

Quelle: [FR](#)

7. **In welchem Jahrhundert leben Sie, Mr. Rogoff?**

Kenneth Rogoff, ehemaliger Chefökonom des IWF warnte vor kurzem an dieser Stelle vor den fatalen Folgen der Finanztransaktionssteuer - mit Argumenten von gestern, erwidert ein Befürworter.

In einem Beruf, in dem fast alle Zugehörigen die größte Vermögensblase der Weltgeschichte übersehen haben, verdient Ken Rogoff zumindest ein "B" für seine frühen Warnungen vor gefährlichen ökonomischen Ungleichgewichten. Seine kürzlich veröffentlichte Kritik an Finanztransaktionssteuern (FTS) reiht sich jedoch eher in die Arbeit seiner hoffnungslos fehlgeleiteten Kollegen.

Quelle: [Der Standard](#)

8. **Mehrheit der Call-Center-Mitarbeiter verdient Niedriglöhne**

Die Beschäftigtenzahl in der Call-Center-Branche hat sich von Dezember 2005 bis Dezember 2010 von 40.000 auf 94.000 erhöht. Die Zahl der Männer erhöhte sich im selben Zeitraum von 14.000 auf 36.000 und die Zahl der Frauen von 26.000 auf 58.000. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort (17/7132) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (17/6777). Demnach waren Ende 2010 62 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Call-Centern Frauen und 38 Prozent Männer. 64 Prozent der Vollzeit in dieser Branche Angestellten verdienten weniger als zwei Drittel des sogenannten Medianentgeltes von 1.802 Euro. Diese Summe markiert die bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle für in Vollzeit beschäftigte sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer.

Quelle: [Deutscher Bundestag](#)

9. **Viele Jobs für wenig Geld**

IAQ-Studie zeigt: Prekäre Arbeitsbedingungen werden inzwischen zum „Normalfall“. Mit dem Anstieg der Beschäftigung in Deutschland ist der Dienstleistungssektor gewachsen - und atypische Beschäftigungsverhältnisse haben massiv zugenommen. Gemeint sind Teilzeit- und befristete Stellen, Leiharbeit und Minijobs. 1996 umfassten sie ein knappes Fünftel aller Jobs, 2009 bereits jeden Vierten. Am stärksten betroffen sind die Sektoren öffentliche und persönliche Dienstleistungen, Handel und Gastgewerbe sowie wirtschaftsnahe Dienstleistungen. "In diesen drei

Wirtschaftsbereichen konzentrieren sich mit fünf Millionen Personen fast 70 Prozent aller atypisch Beschäftigten“, schreiben Bosch und Weinkopf. Atypische Arbeit bedeutet meist, sich für Niedriglohn zu verdingen. Im Gastgewerbe ist das laut Studie zu 76 Prozent der Fall, im Handel zu 60 Prozent. Besonders betroffen sind Frauen.

Quelle 1: [ver.di News](#)

Quelle 2: [Die Studie „Arbeitsverhältnisse im Dienstleistungssektor“ von Claudia Winkopf und Gerhard Bosch in den WSI-Mitteilungen \[PDF - 1.2 MB\]](#)

10. **Wie in “1984”**

Der Umbau der Energieversorgung in Deutschland ist beschlossene Sache. Die Frage ist nur, wie sie aussehen wird. Die Bundesregierung jedenfalls steht in der Kritik der Umweltverbände, weil sie zwar nach Fukushima mit viel Getöse eine Kehrtwende in der Energiepolitik vollzogen hat, aber die selbst gesteckten Ziele nun nicht konsequent verfolgt. Auf seiner Jahrestagung diskutiert der Forschungsverbund Erneuerbare Energien (FVEE), wie die Energiewende zu schaffen ist, und versucht, mit Vorurteilen über die Erneuerbaren aufzuräumen.

Quelle: [Telepolis](#)

11. **Fluglotsenstreik So ist die Wirtschaft**

Die drohenden Streiks bei der Flugsicherung sind eine Folge ihrer Privatisierung.

Quelle: [ZEIT](#)

***Anmerkung KR:** Aktuell, auch wenn der Streik abgewendet wurde.*

12. **Korrektur zu Hinweis Ziff. 12 von gestern:**

[Frankreichs Jobcenter-Mitarbeiter verweigern Sanktionen](#)

Unser Leser R.S.: schreibt uns dazu:

Als regelmäßiger und interessierter Leser der Nachdenkseiten, weiß ich Ihre Arbeit sehr zu schätzen. Ich habe schon unzählige tolle Anregungen zum Weiterlesen bekommen.

Die Zusammenfassung der heutigen Nr.12 der Hinweise des Tages unter der Überschrift “Frankreichs Jobcenter-Mitarbeiter verweigern Sanktionen” hat mich dennoch stutzig gemacht.

Um es vorweg zu sagen: ich würde mir viele solche Erklärungen aus den JobCentern und Arbeitsagenturen, besonders aber aus meiner Gewerkschaft ver.di wünschen, die Würde und Respekt gegenüber den “Ratsuchenden” oder “hilfsbedürftigen” so zum Ausdruck bringen wie die Erklärung dieser französischen Arbeitsvermittler.

Aber Journalismus sollte sich nicht von Träumen leiten lassen. Ein wenig Recherche und man stellt fest, dass die Erklärung vom 20.10.2006 (!) stammt und von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitsvermittlern der französischen Arbeitsverwaltung des Departements Tarn verfasst wurde, einer überschaubaren Region in den französischen Pyrenäen mit 340.000 Einwohnern.

Diese Erklärung ist leider fünf Jahre lang auch in Frankreich weitgehend unbeachtet geblieben.

Ich werde sie nichtsdestotrotz ins ver.di Netz speisen, vielleicht finden sich ja viele Unterstützer. Wäre schön den französischen Kollegen von einem späten Erfolg in Deutschland berichten zu können.

13. **Illusionen vom Rechtsstaat**

Unsere Idee von demokratischer Freiheit ist bedroht. Wenn der Staat seine Bürger mit Trojanern elektronisch ausspähen darf, ist der Schutz der Persönlichkeitsrechte nicht mehr zu garantieren...

Schwerwiegender als die Zerstörung der Illusion von einem Staat, der in unserem Sinne weiß, was er zu tun und zu lassen hat, ist zweitens, dass wir nicht mehr klar zwischen gut und böse unterscheiden können. Die einschlägigen Spionagefilme erzählen hundertfach davon, dass Institutionen mit guten Absichten von bösen Mächten unterwandert werden können. Am Ende findet sich meist ein mutiger Held, der wieder für Ordnung sorgt. Die Trojaner-Affäre macht indes deutlich, dass es keine alte Ordnung mehr gibt. Institutionen wie das Bundeskriminalamt werden kaum noch feststellen können, ob ein Beweis von ihrem Trojaner kommt oder ob dieser ihnen von Dritten untergeschoben worden ist. Das Programm, sagt Christoph Lauer von der Berliner Piratenpartei, bewirke genau das Gegenteil dessen, wofür es angeschafft worden sei. Auf der Rückseite der behördlichen Gier nach Informationen findet längst ein rasender Kampf um Information und Desinformation statt. Für den harmlosen Bürger folgt daraus, dass er mit der Haltung, er habe ja nichts zu verbergen, schweren Schiffbruch erleiden kann.

Die dritte Illusion, die verloren zu gehen droht, ist die Möglichkeit einer angemessenen Beschränkung durch Vorschriften und Gesetze.

Quelle: [FR](#)

14. **Washingtoner Komplott**

Der vereitelte Anschlag auf den saudischen Botschafter in Washington wirft viele Fragen auf. Die iranische Al-Quds-Einheit geht eigentlich nicht so unprofessionell vor. Wer auch immer hinter dem Washingtoner Komplott steckte, war bereit, einen Krieg

im Nahen Osten zu provozieren. Die Region steht wegen des iranischen Atomprogramms ohnehin am Rande eines bewaffneten Konflikts. Israel ist über die Fortschritte Teherans hin zur Produktion waffenfähigen Materials zunehmend beunruhigt. Darüber hinaus geht aus den geleakten Depeschen des US State Department hervor, dass der saudische König Abdullah die USA wiederholt dazu gedrängt hat, „der Schlange den Kopf abzuschlagen“ und Iran anzugreifen.

Quelle: [Der Freitag](#)

dazu: **«Es wäre eine Kriegserklärung des Iran an Saudiarabien»**

Kaum vorzustellen, was die Ermordung eines saudischen Botschafters in Washington durch iranische Kräfte für politische Konsequenzen hätte, sagt USA-Experte Heinz Gärtner.

Sehen Sie einen politischen Hintergrund?

Wie wir bereits letztes Jahr aus Wikileaks-Enthüllungen erfahren haben, sind die Saudis über das iranische Atomprogramm derart besorgt, dass sie die USA angeblich schon mehrfach zu einem Militärschlag gegen den Iran aufgefordert haben. Was wir jetzt sehen, ist eine Art öffentlicher Bekundung Washingtons zum Bündnispartner Saudiarabien.

Wie meinen Sie das?

Die USA haben heute klargemacht, dass sie solches nicht tatenlos hinnehmen würden. Es wäre mit einer starken Reaktion vonseiten der USA zu rechnen.

Angriffe auf den Iran?

Zumindest ein heftiges Säbelrasseln. Ob es zu Angriffen käme, bezweifle ich.

Quelle: [Tages Anzeiger](#)

Anmerkung unseres Leser T.G.: *Die iranische Führung mag ja manches Mal irrational erscheinen für unser westeuropäisches Verständnis, aber für so dämlich halte ich sie nicht. Das soll mir auch niemand ernsthaft weismachen, dass die Ayatollahs nicht bis vier zählen können.*

Was mich aufregt ist, dass das Land, das weltweit tut und lässt, was es will, ohne Rücksicht auf das Völkerrecht und rechtsstaatliche Grundsätze, das seine eigenen Ideale dabei missachtet, anderen Ländern unterstellt, es wolle mit irrwitzigen Vorhaben anderen Ländern seinen Kurs aufzwingen ... Das Land, das mehrfach mit Lügen Kriege begonnen hat, zeigt mit dem drohenden Finger auf ein anderes Land, das auf welche Weise auch immer seit 1979 sagt: Nein, wir machen nicht, was Ihr von uns verlangt.

15. Blut für Kohle

Die Köhleflöze liegen hier nur 25 Meter unter der Erde, die Atlantikhäfen sind schnell zu erreichen: Kolumbien ist Deutschlands größter Kohlelieferant - trotz gravierender Menschenrechtsverletzungen.

Quelle: [FR](#)

16. Automatisierung der Gewalt: Falke, Räuber, Sensenmann

Die aussergerichtliche Exekution des US-Bürgers und Al-Kaida-Mitglieds Anwar al-Awlaki vor zwei Wochen im Jemen durch eine Killerdrohne zeigt: Der Krieg der Roboter hat längst begonnen.

Quelle: [WOZ](#)

17. Klage gegen Calderón

Wegen des Drogenkriegs in Mexiko soll Präsident Felipe Calderón vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag verklagt werden. Eine Gruppe von Anwälten, Professoren und Journalisten macht den Staatschef für Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich, wie sie am Montag (Ortszeit) in Mexiko-Stadt mitteilte. Neben Calderón sollen weitere hohe Vertreter des Staates und der Drogenboss Joaquín Guzmán verklagt werden.

Die Kläger machen Calderón für die »schlimmste humanitäre Krise der jüngeren Geschichte Mexikos« verantwortlich. Er hatte bei seinem Amtsantritt 2006 dem Drogenhandel den Kampf angesagt und das Militär dafür eingesetzt. Mehr als 50 000 Menschen wurden seither getötet und 230 000 vertrieben.

Quelle: [Neues Deutschland](#)

18. Nochmals: WZB-Studie: Studiengebühren sollen keinen negativen Effekt auf die Studierneigung haben

Zu [diesem Beitrag](#) merkt Rechtsanwalt Wilhelm Achelpöhler an:

Ihr Artikel auf den Nachdenkseiten hat mir gut gefallen. M.E. ist die Studie viel Lärm um nichts.

1. Die Studie geht in ihrem Ausgangspunkt davon aus, dass Studiengebühren einen negativen Einfluss auf die Studierbereitschaft haben!

Das ergibt sich aus der von den Autoren zu Grunde gelegten "Rational-Choice-Persektive", die man getrost für zweifelhaft halten kann.

Danach hängt die Entscheidung für ein Studium vom Nutzen des Studiums ab. Dafür wird dann folgende Formel entwickelt: $U = p \cdot B - C$, wobei C für die Kosten steht. Aus dieser Formel ergibt sich klar, dass bei konstanten Werten von p (Erfolgswahrscheinlichkeit) und B

(Ertrag) mit steigendem C = Studiengebühren der Nutzen und damit die Studierneigung sinkt. D.h.: Die Autoren gehen davon aus, dass Studiengebühren in jeder Höhe, die Studierenden vom Studium abzuhalten. Diese Annahme wird im Folgenden auch nicht mehr in Frage gestellt.

2. Die Autoren folgern dann aus dem Umstand, dass U (Nutzen) und damit die Studierneigung nicht sinkt, dass trotz gestiegenem C zugleich p bzw. B gestiegen sind. Die von den Autoren unterstellten nachteiligen Auswirkungen der Studiengebühren auf die Studierentscheidung sind damit durch andere Faktoren aufgewogen worden.

Ein Zusammenhang von Studiengebühr und Erfolgserwartung erscheint den Autoren als fern liegend. Das muss überraschen, liegt hier doch eine der Rechtfertigungen für Studiengebühren. Mancher Kultusminister erwartet von den Studiengebühren eine Disziplinierung der Studierenden (weniger im AStA rumhängen) und ein effizienteres Studium. Aus Sicht der Befürworter von Studiengebühren fördern die Gebühren das effektive Studium und damit den Studienerfolg.

Die Autoren spüren vielmehr dem von ihnen vermuteten kausalen Zusammenhang zwischen den gestiegenen Kosten und dem gestiegenen Ertragserwartungen nach. Dabei beliebten sie freilich im Bereich der Vermutungen:

Das räumen die Autoren auch ein: "Hier liegt die Vermutung nahe, dass Studienberechtigte, wenn sie schon Studiengebühren entrichten müssen, dies auch mit einer Qualitätssteigerung bezüglich der Hochschulbildung assoziieren. Bildung würde hier mehr im Sinne einer Dienstleistung begriffen werden, was dazu führt, dass Qualität zu einem gewissen Grad einforderbar würde. Daran anknüpfend sollte sich sodann - bei einer tatsächlichen Qualitätserhöhung - auch die Signalwirkung des Bildungszertifikats verbessern, was sich wiederum positiv in den individuell antizipierten Arbeitsmarktchancen niederschlagen sollte." Das ist und bleibt eine durch die Studie nicht belegte Vermutung.

Einen solchen Beleg kann man aus den HIS-Zahlen auch nicht ablesen. Auch insoweit räumen die Autoren ein: "dass sich die individuelle Kosteneinschätzung anhand der HIS-Daten nicht zufriedenstellend abbilden lässt" S. 18.

Vielmehr stellen die Autoren fest, dass die "Ertragserwartung" für das Studium in allen Bundesländern gestiegen ist, also auch dort, wo keine Gebühren eingeführt wurden:

"Zudem zeigt sich, dass nach Einführung der Gebühren die Erträge für ein Studium in allen Bundesländern positiver eingeschätzt wurden ($\beta=0.63$; $p<0.01$)." Dass nun die Studiengebühren in besonderer Weise zur Ertragserwartung beigetragen haben, lässt sich nach der Studie nicht belegen: "Führt man nun den Interaktionseffekt ein (M2), zeigt sich, dass die Ertragsaussichten für ein Studium in den Bundesländern mit Studiengebühren tendenziell stärker angestiegen sind, als in Bundesländern, die keine Gebühren eingeführt haben. Dieser Effekt ist jedoch nicht statistisch signifikant." S. 22 "Statistisch nicht signifikant", damit gibt es auch nach dieser Studie keinen Beleg dafür, dass die Studiengebühren sich nicht nur negativ auf die Studierneigung auswirken, sondern zugleich die Ertragserwartung an das Studium steigern, also damit neutral sind. Es mag eine ganze Reihe von Faktoren geben, die die Ertragserwartung an das Studium steigern, etwa die Arbeitsmarktsituation. Die Studie belegt deshalb allenfalls, dass trotz gestiegener Studiengebühren die Studierneigung nicht gesunken ist, weil andere Faktoren die von den Autoren unterstellten Nachteile für die Studierentscheidung aufgehoben haben. Das freilich ist kein Argument dafür, die negativen Auswirkungen der Studiengebühren zu vermeiden.